



LOGISTIK.

MITTWOCH, 15. MÄRZ 2023

EINE PRODUKTION DER MEDIAPRINT



Arbeitswelt im Wandel

Die Logistikwirtschaft stimmt mit Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) überein, dass Vollzeitarbeit die Regel sein sollte, die für jeden Arbeitnehmer interessant ist und Teilzeit nur in begründeten Ausnahmefällen zur Anwendung kommt. **SEITEN 2, 3**

Vier-Tage-Woche verstärkt die Probleme

Der Vorstoß von Wirtschafts- und Arbeitsminister Kocher zum Thema Teilzeit war aus zumindest einer Perspektive höchst erfolgreich: Er hat eine Diskussion losgetreten, aber nicht nur zur Teil- und Vollzeitarbeit selbst, sondern zu Arbeitszeitenmodellen insgesamt. In diesem Kontext wird nun die Vier-Tage Woche immer öfter genannt. Ein Argument von Befürwortern der Vier-Tage-Woche lautet, dass durch die geringeren Arbeitszeiten mehr Menschen gewillt wären, zu arbeiten, man also die Erwerbstätigkeit erhöhen könnte. Jedoch die Realität in Österreich ist, dass wir hierfür schlicht nicht die demographischen Reserven haben. Bereits jetzt herrscht ein grassierender Arbeitskräftemangel; viele Unternehmen suchen händeringend nach Personal, finden es aber nicht. Eine Vier-Tage-Woche würde diese Herausforderung massiv verstärken und unseren Wohlstand, unsere Bildungsstandards und Wirtschaft gefährden. In Österreich gibt es schlicht und einfach nicht genügend personelle Reserven, um den Produktivitätsverlust auszugleichen. **- GS -**

Verkehrswirtschaft fordert Schulterchluss

Der Staat glaubt noch immer, dass durch Zwangsmaßnahmen wie immer rigorosere Blockabfertigung und immer strengere Lkw-Kontrollen, bei denen immer höhere Strafen für kleinste Vergehen sowohl vom Fahrer als auch vom Transportunternehmer eingehoben werden, sein Verlagerungsziel von Strasse auf die Schiene um jeden Preis zu erreichen. Jedoch Zwangsmaßnahmen haben noch nie zum Erfolg geführt, sondern bessere Anreize und eine höhere Priorität für den Güterzug. **SEITE 9**

Verfassungswidrige Zwangsverlagerung

Zu diesem Schluss kommt ein Rechtsgutachten zum Thema Verlagerung der Abfalltransporte auf die Schienenbahn. Ob gegen die umweltschädlich und rechtlich fragwürdige Entscheidung der Bundesregierung vorgegangen wird, Abfalltransporte ab 300 km verpflichtend mit der Bahn durchzuführen, sei noch offen. Für den Wirtschaftsstandort Österreich ist diese Regelung sehr kritisch und nachteilig. Die Regelung sei auch weder praxistauglich

noch sind ausreichende Bahn- und Lagerkapazitäten vorhanden. Es fehlen sowohl Güterwagen als auch Transportbehälter der Bahnunternehmen und die Erfahrungen aus den ersten Wochen und Monaten zeigen, dass nahezu kein Transport via Schiene möglich war. Notwendige ad hoc-Lieferungen können nicht mehr durchgeführt werden, weil die Schienenbahn zwei Tage Zeit hat, um auf Transportanfragen zu reagieren. **SEITE 15**

Volle Kontrolle entlang der Lieferkette

Die von den Kühne+Nagel Technologiespezialisten entwickelte App „myKN“ ist dank interaktivem Support nicht nur schnell erlernbar, sie besticht vor allem durch ihren „All-in-one-Charakter“: Bedarfsgerechte Preisanfragen, Optionen erkunden, buchen und Sendungen nachverfolgen – der Kunde behält in jeder Phase seiner Luft-, See- und Landverkehr Transporte, die volle Kontrolle. Und das von jedem Gerät aus, weltweit, 24 Stunden und sieben Tage in der Woche. **SEITE 5**



VON CHRISTIAN SPENDEL –
PRÄSIDENT VON LKW FRIENDS ON THE ROAD

Ignorieren oder ernst nehmen? Ein Thema, um das auch wir nicht herumkommen. Kleben für das Klima. Man kann dafür oder dagegen sein, man kann die Aktivisten inhaltlich verstehen und ihre Aktionen begrüßen. Man kann sie aber auch hassen und für völlig realitätsfremd halten. Auch wenn ich eine persönliche Meinung zu diesem Thema habe, überlasse ich die Bewertung ganz Ihnen. Mich interessiert hier vielmehr die rechtliche Begründung für solche Aktionen und was passiert, wenn sie mit ihren Forderungen Erfolg haben?

Recht auf Unrecht. Doch zunächst zur Frage: Ja, dürfen's denn das? Der Grazer Theologe und Ethiker Kurt Remele hat in seinen Untersuchungen zum zivilen Ungehorsam vom „Widerstandsrecht des Volkes gegen die Staatsgewalt“ gesprochen. Der deutsch evangelische Theologe Wolfgang Huber sieht im zivilen Ungehorsam eine „Bewährungsprobe der Rechtsgemeinschaft, die auf die Wiederherstellung der Rechts- und Friedensfunktion des Staates gerichtet ist“ und nur dann in Frage kommt, „wenn sich andere Formen des politischen Protests und

der Demonstration als unzureichend erwiesen haben“. Es geht also um das Recht auf Unrecht. Ich würde das alles salopp unter dem verfassungsrechtlich geschützten Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit zusammenfassen. Und das kann jeder ausleben, wie er will.

Okay, aber was kommt danach? Angenommen, die Klimaproteste führen tatsächlich zu einem neuen Tempolimit auf Österreichs Autobahnen und zu einem generellen Fracking-Verbot - keine neuen Öl- und Gasprojekte. Löst sich dann die „Letzte Generation“ auf und ihre Mitglieder strömen zurück an die Schulen, Universitäten und Arbeitsplätze? Oder geht es dann erst richtig los? Denn es gäbe so viel, was im Rahmen der staatlichen Rechts- und Friedensfunktion wiederhergestellt werden müsste. Dann könnte man zum Beispiel - natürlich mit weiteren Protestaktionen zum Schutz des Weltklimas - die Forderung durchsetzen, dass in Österreich pro Familie nur mehr ein Kind geboren werden darf.

Einsparungspotenzial Zwei Forscher der schwedischen Universität Lund haben typische Kohlendioxid-Produzenten

untersucht und Einsparpotenziale verglichen. Ihre These: Ein Kind weniger in die Welt zu setzen, ist das Beste, was Menschen für die Umwelt tun können. Demnach „belasten“ Kinder das Klimakonto ihrer Eltern mit rund 58,6 Tonnen CO₂ pro Jahr. Dagegen sind die 2,4 Tonnen Kohlendioxid, die ein durchschnittliches Auto pro Jahr produziert, geradezu lächerlich. Und doch ist das Auto der zweitgrößte „Klimakiller“. Die schwedischen Expertinnen empfehlen 4 Maßnahmen, mit denen jeder Einzelne den Ausstoß von Treibhausgasen verringern kann: Ein Kind weniger in die Welt setzen (58,6 Tonnen CO₂ pro Jahr), auf ein Auto verzichten (2,4 Tonnen CO₂ pro Jahr), auf Langstreckenflüge verzichten (1,6 Tonnen CO₂ pro Transatlantikflug) und vegetarisch essen (0,8 Tonnen CO₂ pro Jahr). Insgesamt könnte so jeder Einzelne rund 63 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen.

Sie sehen, es gäbe noch viel Potenzial, was die heutigen Klimakleber dazu bringen könnte, auf der Straße kleben zu bleiben, anstatt weiter ihrer Ausbildung oder ihrer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Und wenn Sie jetzt auf die Idee kommen, das will ich auch, dann nur zu. Suchen sie sich eine edle Ungerechtigkeit, die in ihren Augen die Rechts- und Friedensfunktion des Staates wiederherstellen könnte und kleben Sie sich dafür auf die Straße. Wenn die Masse der



protestierenden Gefolgsleute nur groß genug wäre, dann könnte man vielleicht sogar einen Großteil der österreichischen Straßeninfrastruktur komplett lahmlegen. Damit könnte man einen kompletten „Blackout“ auf der Straße bewirken. Ich bin mir sicher, dass einige Mitglieder der letzten Generation darüber schon emsig nachgedacht haben. Die Frage ist nur, ob sie auch über die Auswirkungen ihrer Aktionen - egal ob im kleinen Rahmen oder im ganz großen Stil - nachdenken.

Und vergessen wir nicht, dass in unserer DNA auch

Streik- und Protestgene schlummern. Vor nicht allzu langer Zeit legten kanadische LKW-Fahrer fast ein ganzes Land lahm, weil sie gegen die Corona-Impfpflicht protestierten. Dort wurde deswegen sogar der nationale Notstand ausgerufen und kurzfristig überlegt, sogenannte „Notstands Befugnisse“ gegen die Fahrer einzusetzen. Was ist damit gemeint? Der kanadische Premierminister war kurz davor, die Blockaden durch die Polizei gewaltsam auflösen zu lassen. Ob damit auch der Einsatz von Schusswaffen gegen die Demonstranten gemeint war, kann

ich nicht sagen. Dazu ist es jedenfalls nicht gekommen.

Können und dürfen! Und noch ein Tipp zum Schluss. Sie können auf der österreichischen Autobahn gerne auch nur 100 km/h fahren. Sie brauchen sich dafür nicht zu rechtfertigen. Egal, ob sie damit Sprit und damit Geld sparen wollen, ob sie entspannter reisen oder ob sie damit das Weltklima beeinflussen wollen. Sie dürfen auch gerne nur 80 km/h fahren, aber bitte nicht unter 60 km/h, denn dann kommen sie mit dem jetzt noch gültigen Verkehrsrecht in Konflikt.

WERBUNG

Rail Cargo Group
Member of ÖBB

GO

THANKS

Your Cargo
Our Solutions

railcargo.com

100 ÖBB #RICHTUNGZUKUNFT
HEUTE. FÜR MORGEN. FÜR UNS.